

MG MedienGruppe

www.mucha.at

extradienst

ed 3 / 29.3.2019 / Euro 12,-

Österreichische Post AG GZ 17Z041228P, MG MedienGruppe GmbH, Zieglergasse 1, 1070 Wien

Cover-Story

HALLELUJAHR 2019

DAS RANKING DER TOP 100 AGENTUREN

Wer auf der Himmelstreppe nach oben stürmte
– und wer heuer auf der Leiter steht.

Seite 66



Lügen, bis sich die Balken biegen

Alle lieben Statistiken. Ob Relationen, Trends oder Diagramme – wer eine Statistik auf-tischt, hat die Wahrheit gepachtet. Scheinbar. Aber wie sagte schon Mark Twain: „Es gibt Lügen, verdammte Lügen und Statistiken.“

Von Gerald Teufel

Wir wollen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Niemand kommt um eine wissenschaftlich fundierte Statistik herum, wenn er eine vernünftige Entscheidung treffen will. Zum Beispiel in der Werbung: Wer kann schon die Wirkung eines Inserates ohne Einschalt- oder Leserquoten von Medien richtig einschätzen? Auch jeder Politiker verliert an Glaubwürdigkeit, wenn er seine Argumentation nicht schwarz auf weiß belegen kann. Zahlen und Statistiken sind ein höchst nützlich Instrument, um der Wirklichkeit nahe zu kommen. Zahlen lügen nicht, heißt es. Ob sie glaubwürdig sind oder nicht, sieht man ihnen aber oft nicht an. Sie beschreiben einen Sachverhalt. Aber ob sie diesen richtig oder falsch darstellen, ist für viele einfach schwer zu erkennen. Aaron Levenstein, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Oxford, erklärte seinen Studenten einmal, worauf sie zu achten hätten: „Die Statistik ist wie ein Bikini: Was sie enthüllt, ist vielversprechend, aber das Wesentliche verbirgt sie.“ Unternehmen und Staaten können mit Statistiken tricksen, dass sich die Balkengrafiken biegen, weil viele Menschen einfach „zahlenblind“ sind.

Politik ist „berechnend“

„Die Statistik ist die wichtigste Hilfswissenschaft in der neuen Gesellschaft. Sie liefert das Maß für alle



Balanceakt: Nicht immer spiegeln Statistiken die ungeschminkte Wahrheit

gesellschaftliche Tätigkeit“, erklärte einst August Bebel, Begründer der deutschen Sozialdemokratie. In diesem Sinn ist es umstritten, aber eigentlich auch recht egal, ob das berühmte Zitat: „Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe“ wirklich von Winston Churchill stammt. Manche schreiben es

auch Joseph Goebbels zu, der ja keine Skrupel hatte, Lügen als nützliche Waffe einzusetzen.

In diesem Zusammenhang denken viele auch an Niccolò Machiavelli, den Erfinder der Staatsräson und Autor von „Il Principe“. Bis heute eröffnet Machiavellis Handbuch allen Machtpolitikern die Tricks und Kniffe, die sie brauchen.

Wie man Grausamkeiten begeht („alle auf einmal“) und Wohltätigkeiten gewährt („nur nach und nach“), wie man seine Popularität steigert („durch offene Willkür“) und wie man Verschwörungen auffliegen lässt („erst im letzten Augenblick“).

Wie hoch sind die Schulden?

Politiker haben ein besonders großes Interesse, mit Hilfe der Mathematik dem Wahlvolk zu beweisen, dass ihr Wirken besonders erfolgreich war und dass die Resultate des politischen Gegners verheerende Auswirkungen auf Staatsfinanzen, Arbeitsmarkt, Bildungspolitik und so weiter hätten. Skeptiker blicken kritisch hinter die Kulissen der Statistikmacher und wollen erkennen, was faul ist im Staate. Z.B. im österreichischen Föderalismus-Dschungel. Offiziell haben die Gemeinden in Österreich derzeit rund zehn Milliarden Euro Schulden. Dabei wird aber statistisch nicht gerechnet, dass viele Gemeinden ihre Schulden an Tochterfirmen ausgelagert haben und mit Zuschüssen, Gebühren oder Mieten dafür indirekt zahlen. Rechnet man diese Summen zur Verschuldung hinzu, wie hoch ist sie dann? Einer, der das weiß, ist der Leiter des WIFO, Univ. Prof. Dr. Christoph Badelt: „Zwar werden seit 2010 viele Einheiten, die bis dahin nicht den Gemeinden zugerechnet worden sind, auch im Staatssektor erfasst – und damit auch die dortigen Schulden. Aber dieses Bild ist bei Weitem noch nicht vollständig. Schätzung des Fiskalrats deuten darauf hin, dass die zusätzlichen Schulden mindestens fünf Milliarden Euro betragen.“

Einfach verwirrend: die Arbeitslosenstatistik

War die Politik bei der Beseitigung der Ursachen der Arbeitslosigkeit wirklich erfolgreich oder sind wir in Österreich nicht nur in der Ma-



Matthias Schnetzer, Experte AK Wien Abteilung Wirtschaftspolitik: „Die gängige Definition von Armut orientiert sich nicht am Vermögen“

nipulation der zugrundeliegenden Daten wahre Meister? Fragen, auf die auch Experten keine eindeutigen Antworten haben.

Gernot Mitter, Leiter AK Wien Abteilung Arbeitsmarkt und Integration: „Die der Arbeitslosenstatistik der OECD bzw. von EU-Stat zugrunde gelegte Erfassungsmethode (das sogenannte ‚labor force concept‘, nach dem eine Person mit einer Stunde Beschäftigung/Woche als beschäftigt und nicht arbeitslos gilt bzw. eine Person, die sich etwa wegen einer Teilnahme an einer Ausbildungsmaßnahme in den letzten vier Wochen nicht um einen neuen Arbeitsplatz bemüht hat) ist wohl die Meisterleistung an ‚Manipulation der zugrundeliegenden Daten‘. Entsprechend niedrig ist dann ja auch die EU-Stat-Arbeitslosenquote im Vergleich mit der nach den nationalen Regeln erhobenen: Im Februar 2019 lag die Arbeitslosenrate nach EU-Stat-Methode bei 4,8%, die nach nationaler Methode errechnete bei 8,4%.“

Über die „Kreativität“ in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik lasse sich – so Mitter – je nach Standpunkt trefflich streiten. Faktum aber ist, dass die offizielle AMS-Statistik zwei Werte für die Arbeitslosigkeit ausweist:

- a) Arbeitslose Personen
(Februar 2019: 343.400)

- b) Arbeitslose Personen und
SchulungsteilnehmerInnen
(Februar 2019: 410.355)

In dieser Statistik sind beim AMS vorgemerkte Personen, die zum Stichtag im Krankenstand sind, ebenso wenig enthalten wie Personen, deren Leistungsanspruch zum Stichtag aufgrund einer Sanktion nicht ausgezahlt wurde und die sich nicht in einer Schulungsmaßnahme befinden. Genausowenig wie natürlich alle jene, die lediglich prekär beschäftigt sind. Aus der AMS-Statistik fallen auch Volontäre, Praktikanten, Probanden und Scheinselbstständige heraus. Auch über die „Schwarzarbeiter“ gibt es keine Statistiken, sondern lediglich Schätzungen: Daumen mal Pi. So gesehen ist auch jede Arbeitslosenstatistik nur mit äußerster Vorsicht zu genießen.

Wie repräsentativ sind Stichproben?

Schließt man induktiv von einer Stichprobe auf die Gesamtheit, wird in der Praxis gern übersehen, dass die Stichprobe möglichst zufällig gestreut sein muss, um „repräsentativ“ zu sein. Gern verwendet, um als seriöse Quelle zu gelten, wird der Begriff „signifikant“. Der bedeutet allerdings lediglich, dass ein Befund kein Zufall sein kann. Darüber jedoch, wie groß oder klein der gemeinte Faktor ist, sagt dieses Wort nichts aus. Gern wird diesbezüglich unter Statistikern ein Witz erzählt: „Kennen Sie den? Kam einmal ein Psychiater zum Schluss: ‚Die ganze Menschheit ist ja verrückt. Schauen Sie sich nur die Irren in meiner Praxis an.‘“ Dass es auch durchaus „normale“ Menschen gibt, blendet der Psychiater dabei aus. Mitunter sind solche verzerrte Wahrnehmungen aber auch durchaus erwünscht. Dann etwa, wenn ein Meinungsforschungsinstitut Korrekturverfahren anwendet, um die Stichprobener-

gebnisse zu glätten, zu „gewichten“ wie es heißt. Wie das genau gemacht wird, ist Betriebsgeheimnis. Fast so streng gehütet wie die Rezeptur von Coca Cola.

Wie schlau die Methoden der Stichprobenziehung sein können, zeigt eine Studie der Zigarettenindustrie über nicht versteuerte Tabakwaren. Die Marktforscher sammelten an verschiedenen Stellen in Deutschland Zigaretenschachteln. Dann wurde geprüft, ob es sich dabei um geschmuggelte Ware handelte. Das Ergebnis wurde veröffentlicht: „Die Deutschen rauchen 16 Milliarden unversteuerte Glimmstängel!“ Das klingt alarmierend. Der Pferdefuß dieser Studie aber stand auf einem ganz anderen Blatt. Gesammelt wurde nämlich vorwiegend in Grenznähe zu Polen, wo Zigaretten billiger sind. Ganz im Sinne der Tabakindustrie sollte vor einer geplanten Steuererhöhung gewarnt werden, „wo doch schon jetzt jede fünfte Zigarette geschmuggelt wird!“

Klassiker sind manipulative Umfragen zum Thema Rauchverbot in Raucherlokalen. Das gewünschte Ergebnis ist, was zählt. Heerscharen von Lobbyisten bekommen viel Geld von Interessensgruppen für solche „getürkten Statistiken“.

Was Prozente verschleiern

Prozente stehen für Glaubwürdigkeit und Autorität. Sie strahlen Gewissheit aus und beweisen, dass man rechnen kann. Viele Leute neigen aber leider dazu, die Frage „Prozent wovon“ gar nicht erst zu stellen. Sie behandeln Prozentzahlen so, als wäre Prozent eine Maßeinheit wie Zentimeter. Wer von Prozenten spricht, hat große Freiheiten. Er kann aus einer Menge von möglichen Bezugsgrößen auswählen. Und wenn die Bezugsgrößen im Text verschwiegen werden, denken sich die Leser einen Bezug hinzu, den sie für selbstverständlich halten. Prozent ist



Wolfgang Panbözl, AK Wien, Abteilung Sozialversicherung: „Der Bund leistet derzeit einen Zuschuss von 6 % des BIP für die Pensionen“

stets ein Größenverhältnis, ein Bruch. Was im Nenner des Bruches steht, bleibt oft verborgen.

25 Prozent oder ein Viertel, das können 1 von 4 sein oder auch 8000 von 32.000. Manchmal genügt es, den Vergleich wegzulassen, und schon steht die eigene Leistung viel eindrucksvoller da. „98 % koffeinfrei“ klingt besser, wenn man nicht dazuschreibt, dass die koffeinhaltigen Konkurrenzgetränke den Wirkstoff auch nur zu drei Prozent enthalten, somit „97% koffeinfrei“ sind. Wenn an einer Krankheit ein Mensch in Österreich pro Jahr stirbt und im nächsten zwei, dann ist das eine Katastrophe für die Betroffenen, aber für die Volksgesundheit irrelevant. Trotzdem heißt es dann: 100 Prozent Steigerung bei der Mortalität. Das erzeugt Panik pur.

Das Rechnen mit Brüchen ist nicht angeboren, muss also erlernt werden. Das ist mühsam und macht uns anfällig für Statistiktricks. Wer lacht nicht über den bekannten österreichischen Fußballer, der ein Engagement nach Italien mit den Worten ablehnte: „Was wollen die zahlen? Ein Drittel mehr Gage? Ich will ein Viertel mehr.“ Wie allgemein diese Rechenschwäche ist, zeigt ein Artikel in der *Times*. Bankkunden wurden gefragt, was 40 Prozent seien. Als Antworten wurde vorgegeben: 4 von 10, einer von 40, einer von 25, vier von

100. Raten Sie mal, wie viel die richtige Antwort gegeben haben? Weniger als die Hälfte!

Politiker aller Couleurs jonglieren gerne mit Prozenten. Beliebte ist es bei mehrjährigen Tarifabschlüssen, die Lohnzuwächse zu addieren. Wenn es zwei Prozent im ersten Jahr und ein Prozent im zweiten Jahr gibt, ist die Gesamterhöhung aber nicht drei Prozent – weil das Plus im zweiten Jahr auf den erhöhten Lohn erhoben wird.

Zusätzlich zur Verwirrung trägt bei, dass viele Bürger sich nicht über den Unterschied von Prozenten und Prozentpunkten klar sind. Das ist aber wichtig. Dazu ein Beispiel aus der Wahlarithmetik: Wenn eine Partei bei der einen Wahl 30 Prozent der Stimmen hatte und bei der aktuellen nur noch 20, hat sie nicht 10 Prozent weniger – das wären ja bloß ein Zehntel von 30 Prozent und somit lediglich 3 Prozent. Die Partei hat aber ein Drittel ihrer Stimmen verloren, also 33 Prozent ihrer Stimmen. Wer das nicht glaubt, rechne das einmal mit absoluten Zahlen nach. Bei 1000 Wählern hat die Partei früher 300 Wähler gehabt und jetzt 200.

Korrelation contra Kausalität

Kein Wunder, dass wir häufig auf vermeintliche Ursachen hereinfallen, die gar keine sind. Der Schluss wird zum Trugschluss.

Wer dreist genug vorgeht, kann mühelos Korrelationen aller Art produzieren. Etwa dass Skifahren schizophrene mache und Flötenspieler vermehrt Hämorrhoiden bekommen. Überhaupt, dass dort, wo Störche sind, Kinder zufliegen bzw. auch umgekehrt. Ein Vorgehen, das man in Amerika als „Texas Sharpshooter Fallacy“ kennt. Also wenn einer zuerst auf ein Scheunentor schießt und anschließend eine Zielscheibe herummalt.

Merke: Treten zwei Dinge gemeinsam auf, muss das eine nicht die

Ursache des anderen sein. Kausalitäten mit Zahlen herbeizuzaubern, wo keine sind, ist einer der beliebtesten Tricks der Statistik-Jongleure. Die positive Korrelation von Ausländeranteil und Kriminalität wird gefährlich missverstanden, wenn sie kausal gedeutet wird. Tatsächlich zieht z.B. Wien sowohl Ausländer wie Kriminelle an. Ob Ausländer aber wirklich mit dem Gesetz vermehrt auf Kriegsfuß stehen, geht daraus noch nicht hervor.

Die höchste Kriminalitätsrate der Welt?

Statisch gesehen ist die Stadt mit der höchsten Kriminalität die Citta' del Vaticano. Bei rund 18 Millionen Pilgern und Touristen, die jährlich den Vatikan aufsuchen, kommt es auch zu vielen Handtaschendiebstählen und Betrügereien aller Art. Werden diese dann statistisch auf die knapp 500 offiziellen Bürger der Vatikanstadt umgelegt, kommt es zu einer grotesken statistischen Verzerrung. Würden die Polizeibehörden in Österreich nach demselben Muster verfahren und die im Jahr 2017 begangenen 510.536 Straftaten, die in Österreich angezeigt worden sind, auf die gesamte Bevölkerung in Österreich umlegen (also auf alle Staatsbürger, aber auch die hier ansässigen Fremden, ob es sich dabei um EU-Bürger handelt oder Asylanten aus Drittstaaten), könnte ein Schreckensszenarium entstehen. Rein statistisch betrachtet.

Die Wahrheit liegt nicht im Durchschnitt

Österreich ist reich. Das ist ja bekannt. Allerdings nicht ganz so reich wie die Isländer. Die sind im Durchschnitt die reichsten Menschen der Welt. Laut dem Weltvermögensreport der Credit Suisse beträgt ihr Durchschnittsvermögen pro Erwachsenem 555.000 Dollar. Für Österreichs Erwachsene errechnete



Gernot Mitter, Leiter AK Wien Abteilung Arbeitsmarkt und Integration: „Die Arbeitslosenrate nach nationaler Methode liegt bei 8,4%“

die Credit Suisse ein Durchschnittsvermögen von immerhin 231.000 Dollar (200.350 Euro).

Dazu Matthias Schnetzer: „Die Frage nach dem Durchschnittseinkommen ist nicht einfach zu beantworten. Da muss man zwischen Personen- und Haushaltseinkommen unterscheiden sowie Markt- und verfügbare Einkommen auseinanderhalten.“ Die folgenden Zahlen beziehen sich nun auf die jährlichen verfügbaren Haushaltseinkommen (nach Abgaben und Transfers) für 2017. Durchschnitt: 42.980 Euro; Median: 36.554 Euro.

Wenn wir das Vermögen aller Österreicher wie Orgelpfeifen vor uns sehen, steht der Median in der Mitte. Ein einfaches Sortieren nach der Größe genügt. Nehmen wir einmal an: In einem kleinen Dorf mit 10 Bauern gibt es z.B. 40 Kühe. Die gehören alle einem Großbauern. Die anderen haben nichts. Der Median liegt demnach bei null, der Durchschnitt aber bei vier Kühen. Sortiert man alle Vermögen nach ihrer Größe und betrachtet schließlich die Mitte dieser Reihe, hängt der Median überhaupt nicht von der Größe der Vermögen an den beiden Enden der Reihe ab. In diesem Beispiel, bei dem kleine Werte häufig auftreten, große selten, sprechen Statistiker von einer „schiefen“ Verteilung.

Matthias Schnetzer: „Im Gegensatz zu Armut gibt es keine gängige Grenze, ab

der ein Haushalt als reich bezeichnet wird. In manchen internationalen Publikationen werden Personen mit einem Nettovermögen von mehr als 5 Millionen Dollar als Ultra High Net Worth Individuals (UHNWI) bezeichnet. Wir möchten hier aber keine Grenze für Reichtum festlegen, sondern Ihnen kurz Zahlen aus der Vermögenserhebung HFCS der Nationalbank 2014 darlegen. Die Grenze zu 1 Million Euro Nettovermögen (Vermögen minus Schulden) liegt in Österreich ungefähr beim 97. Perzentil. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte beginnen etwa bei einer halben Million Euro Nettovermögen. Das reichste 1% besitzt laut diesen Berechnungen rund 40% des gesamten Vermögens.“

Wer aber ist in Österreich arm? AK-Experte Schnetzer: „Die gängige Definition von Armut orientiert sich nicht am Vermögen, sondern an den Einkommen und liegt bei 60% des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens (=Armutsschwelle). Demzufolge errechnet Statistik Austria für 2017, dass 14,4% der österreichischen Bevölkerung als armutsgefährdet gelten.“

Das betrügerische Piktogramm

Was in Excel keine Balken- oder Kuchendiagramme erzeugt, gilt bei vielen Managern von vornherein als subjektives, also irrelevantes Gelaber. Ein Bild zeigt ja mehr als 1000 Zahlen.

Die optischen Tricks sind schon seit je bekannt. Da werden Achsen gnadenlos abgeschnitten, Skalen auseinandergezogen, Flächen und Symbole im Vergleich vervierfacht statt verdoppelt und oszillierende Kurven in Raketen verwandelt. Raffinierte Perspektiven und Farbschemata lassen das Große klein und das Kleine groß erscheinen. Zacken sollen bei potenziellen Kunden Spannung, Handlungsbedarf und Zeitdruck erzeugen. So wird z.B. in der Darstellung die y-Achse gekürzt, um die „Bergflanke“ der Sozialausgaben so

steil wie möglich erscheinen zu lassen. In Zeiten von Power Point und Excel braucht es eine Menge Distanz und einen kritischen Verstand, um festen Boden unter den Füßen zu behalten. Ein banales Beispiel: Der Anstieg von 63 auf 65 Prozent ist nicht viel – es sei denn, man hat eine Grafik, die nur von 60 bis 70 reicht.

Dadurch, dass in vielen Abbildungen der Nullpunkt wegfällt und nur die Balkenköpfe gezeigt werden, erscheinen Anstiege bzw. Verluste als wesentlich stärker, als dies tatsächlich der Fall ist. In der Fachsprache nennt man diese Form der Manipulation eine unvollständige oder abgeschnittene y-Achse. Manipulationen an der waagrechten x-Achse betreffen meist den Zeitablauf. Die Drei-Jahres-Abschnitte sind genauso breit wie die Fünf-Jahres-Abschnitte danach. Gebräuchlich sind auch optische Täuschungen mittels Längs- und Querstreifen, die genauso verzerrend wirken können wie Farben. Vor allem kommt es zur Manipulation, wenn in eine zweidimensionale Grafik symbolisch Körper eingesetzt werden. Sind zum Beispiel die Seiten der Schatztruhe A doppelt so lang wie die Seiten der Schatztruhe B, ergibt das zweidimensional betrachtet einen vierfachen und räumlich betrachtet sogar einen achtfachen Inhalt. Vorsicht auch bei 3D-Darstellungen. Jeder neue Blickwinkel erzeugt einen anderen Eindruck. Ein Gebirge aus der Vogelperspektive betrachtet wirkt flach, ein kleiner Hügel aus der Froschperspektive wirkt groß.

Prognosen sind schwierig

1798 formulierte der britische Ökonom Thomas Robert Malthus eine umfassende Prognose über die Entwicklung der Weltbevölkerung und des Nahrungsangebots der Erde. Er hielt sie sogar für ein mathematisches Axiom, also eine Art Grundgesetz der Zahlen. Malthus nahm an, dass die Bevölkerung exponentiell wachse – dass also das



WIFO-Leiter Christoph Badelt:
„Offiziell haben die Gemeinden derzeit rund zehn Milliarden Euro Schulden“

Wachstum immer schneller würde –, die Nahrungsmittelproduktion aber nur linear, also im gleichbleibenden Tempo wachse. Malthus hatte die Trends in der Vergangenheit beobachtet und unbegrenzt in die Zukunft projiziert. Er hatte nicht wissen können, dass die Menschheit wirksame Mittel der Geburtenkontrolle erfinden würde oder den Kunstdünger, um die Ernten zu steigern.

Die häufigste Form der Prognose ist die simple Trend-Extrapolation, bei der man einen Trend, den man über einen begrenzten Zeitraum hinweg beobachtet hat, einfach in die Zukunft hinein verlängert oder auch rückwärts in die Vergangenheit hinein.

Ein Bilderbuchbeispiel kommt von Mark Twain: „Binnen 170 Jahren hat sich der untere Mississippi um 240 Meilen verkürzt. Das macht im Schnitt $1\frac{1}{3}$ Meile pro Jahr. Daher sieht jeder, der nicht blind ist oder ein Idiot, dass vor einer Million Jahren der untere Mississippi mehr als 1 300 000 Meilen lang gewesen ist und in den Golf von Mexiko wie ein Angelstock hinausragte. Genauso sieht man sofort, dass in 742 Jahren der untere Mississippi nur noch eine Dreiviertelmeile messen wird. Das ist das Faszinierende an der Wissenschaft: Man erhält die

tollsten Ergebnisse aus so gut wie nichts.“

Mark Twain nimmt satirisch die alte menschliche Schwäche aufs Korn, gerne anzunehmen, alles sei schon immer so gewesen und würde immer so weitergehen wie bisher. Die völlige Ungewissheit, was die Zukunft bringt, wird gerne von Untergangspropheten genutzt, genauso aber auch von Vermögensberatern, die einem vorrechnen, was ungelegte Eier im Laufe der Zeit bringen. Über 30 oder 50 Jahre akkumuliert, zeitigen solche rechnerischen Taschenspielertricks dann immer Verblüffung ohne jeden realen Erkenntniswert. Je nach der Absicht, um sich grundlos zu fürchten oder auch alles aufs falsche Pferd zu setzen. Immer muss also die erste Frage lauten: Von wem stammt die Prognose? Vor allem aber: Wem nutzt sie?

Im Labyrinth des Pensionssystems

Die Pensionswelle der Babyboomer steht bevor. Hier setzte bekanntlich in den letzten Jahren das politische Pingpongspiel mit Statistiken ein. Das Wahlvolk war verwirrt. Einerseits erwartete der rote Sozialminister: Alles in Ordnung! Die Reformen wirken. Das Pensionsantrittsalter ist bereits von 60,2 auf 60,3 Jahre gestiegen.

Das Sozialministerium hob in diesem Zusammenhang auch klar hervor: Statt der befristeten Invaliditätspension erhalten Betroffene das sogenannte Reha-Geld und mehr Unterstützung, um zurück ins Arbeitsleben zu finden. Das Rehabilitationsgeld aber sei keine Pension. Daher werden Rehageld-Bezieher auch aus der Statistik des Sozialministeriums herausgerechnet. Schließlich stammen die Mittel dafür aus dem Gesundheitstopf und nicht aus dem Pensionstopf (auch wenn das Geld für beide vom Steuerzahler kommt). Aber die linke Hand weiß ja nicht, was die Rechte tut. Steht schon

in der Bibel. Denn das Herausrechnen der Rehageld-Bezieher war natürlich dem schwarzen Finanzminister ein Dorn im Auge. Um die „Kontinuität der Zeitreihe zu bewahren“, berechnete der Hauptverband der Sozialversicherungsträger darum auch das Antrittsalter inklusive der Rehageld-Bezieher. Demnach liegt das faktische Antrittsalter nicht bei 60,3, sondern nur bei 59,2 Jahren.

Zeit, endlich einen zu fragen, der gewohnt ist, sich in diesem argumentativen Wirrwarr zurechtzufinden: Univ. Prof. Bernd Marin gilt seit Jahren als „der“ Pensionsexperte in Österreich. Ist also das Antrittsalter tatsächlich gestiegen, oder war alles nur ein statistischer Zahlentrick?

Marin salomonisch: „Hier ist beides gleichzeitig wahr. Die Reformen der Vergangenheit beginnen seit 2014 tatsächlich zu wirken, das Antrittsalter ist wirklich etwas gestiegen, wenn auch wiederum – durch Umstellungen der Statistik bei Direkt pensionen bzw. Invaliditätspensionen (IP) – deutlich weniger, als durch die Ausgliederung der IPs suggeriert wird.“ Das war also eine „Zahlenmanipulation“. „Aber“,

findet jedenfalls Marin, „es war eine konzeptuell durchaus sinnvolle Verschiebung von Berufsunfähigkeit im Erwerbsalter aus dem Pensionssystem heraus in das Arbeitsmarkt- und Gesundheitssystem.“

Was ist statistisch gesehen wirklich absehbar?

Was alle aber wirklich interessieren dürfte, ist die Frage an den Pensionsexperten: Müssen alle noch länger arbeiten? Oder auch höhere Pensionsbeiträge zahlen?

Marin: „Was heißt eigentlich ‚noch länger arbeiten‘? Seit Jahrzehnten arbeiten wir fast alle im Gegenteil immer kürzer: Wir beginnen immer später im Berufsleben, stiegen bis vor Kurzem immer früher aus. Die Pensionsdauer ist seit Kreiskys Zeiten um über ein Jahrzehnt gestiegen, bei Männern hat sie sich verdoppelt, die Periode der Erwerbsarbeit ist ständig und drastisch gesunken.“ Daher folgert Marin: „Selbstverständlich müssen alle wieder ‚länger arbeiten‘, aber eben nur mehr Jahre im Lauf des Lebens, während wir längst die Jahres- und Wochenarbeitszeit verkürzen könnten. Eine 4-Tage-Woche als Ausgleich zur Goldader der Flexibilisierung bis fallweise 12 Stunden täglich und 60 wöchentlich im Rahmen von Turnusdiensten und Wechselschichten wäre durchaus realisierbar!“

Noch „höhere Pensionsbeiträge zahlen“ lehnt Marin dagegen ab: „Die Steuer- und Abgabenschraube ist nämlich längst ausgeleiert und dreht völlig leer. Der reale, sogenannte implizite Beitragssatz sei bereits über einem Drittel (gegenüber den nominalen 22,8 Prozent der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge). Das heißt praktisch: Wir arbeiten jedes Jahr bis über den 1. Mai hinaus ausschließlich für unsere Pensionen, die ihrerseits wegen der überlangen Bezugsdauer im Durchschnitt nicht angemessen und nur zu wenig über der Armuts-

gefährdungsschwelle sein können – bei etwa der Hälfte der Frauen sogar unter der Verarmungsrisikogrenze.“

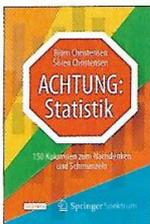
Am Ende wird alles gut

Ohne der üblichen Angstlust Rechnung tragen zu wollen, sei „sehr wohl vorhersehbar, wie viel Kinder für ihre Eltern wahrscheinlich werden zahlen müssen, nämlich über 100.000 Euro für ASVG- und Normalbürger der Pensionsversicherung und durchschnittlich über 400.000 Euro für jeden Beamten“, erklärt Marin. Wolfgang Panhölzl, Leiter AK Wien Abteilung Sozialversicherung: „Wer sich objektiv und sachlich mit den Fragen der Pensionsfinanzierung auseinandersetzt, wird sehen, dass sich sowohl die kurzfristige wie auch die langfristige Finanzierung des gesetzlichen Pensionssystems in den letzten Jahren äußerst erfreulich entwickelt haben. So beträgt der Bundesbeitrag zur Pensionsfinanzierung als Indikator für die kurzfristige Entwicklung im Jahr 2018 2,4 % des BIP; Prognosen im Jahr 2015 sind noch von mehr als 3 % ausgegangen.“ Pensionsexperte Marin: „Angesichts des ‚stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse‘ (Karl Marx) und der Versicherungsmathematik, die man ebensowenig außer Kraft setzen kann wie die Schwerkraft, bin ich aber optimistisch, dass ‚am Ende alles gut werden wird‘. Auch wenn gerade die Babyboomer- und Nachbabyboomer-Generationen durch das ‚Durchschummeln‘ der letzten und auch dieser Regierung in Pensionsfragen einen vermeidbar und bitter hohen Preis bezahlen werden müssen. Aber ‚am Ende‘ halte ich ‚revolutionäre‘ Innovationen, geänderte Steuersysteme (eine Art Maschinensteuer) für wahrscheinlicher als ‚eine weltweite Seuche‘ – also Vernunftlösungen für wahrscheinlicher als globale Katastrophen.“ Auch Statistik-Skeptiker wollen in diesem Punkt gerne dem Professor glauben. ■

➔ BÜCHER



Gerd Bosbach/
Jens Jürgen Korff:
„Lügen mit Zahlen“
(Heyne). *Die Autoren decken auf, wie wir mit Statistiken manipuliert werden.*



Björn und Sören
Christensen: „Achtung Statistik“
(Springer Spektrum). *Eine kurzweilige Möglichkeit, Statistik zu hinterfragen*